

NEWSLETTER DEZEMBER 2010

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freundinnen und Freunde,

das Jahr 2010 geht zu Ende: Ein Jahr der Entscheidungen von Schwarz—Gelb gegen den Klimaschutz, gegen Ressourcenschonung und gegen Stadtwerke und neue Energieunternehmen. Profiteure dieser Politik sind alleine vier Energiekonzerne. Vor allem durch die Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke, aber auch durch Mittelkürzungen in erfolgreichen Förderprogrammen für Erneuerbaren Energien und Kraft-Wärme-Kopplung sowie für die energetische Gebäudesanierung hat es die schwarz-gelbe Politik versäumt, eine nachhaltige Energieversorgung zu unterstützen. Auch ausbleibende oder wirkungslose Gesetze der Bundesregierung allem Grünen Gerede zum Trotz haben dies verhindert.

Das Energiepolitik auch anders geht, zeigt unser **Grünes Energiekonzept – Energie 2050: Sicher Erneuerbar**, welches wir mit konkreten Zielen und Maßnahmen über mehrere Monate mit vielen Beteiligten in der Grünen Bundestagsfraktion herausgearbeitet haben. Darin fordern wir nicht nur den konsequenten Abbau klimaschädlicher Subventionen zur Haushaltsentlastung, sondern auch eine Wende hin zu einer Klima- und Energiepolitik, die sich am für die Gesellschaft Notwendigen orientiert und nicht an den Interessen von vier großen Energiekonzernen.

Diese Arbeit an der konzeptionellen Entwicklung einer nachhaltigen und klimafreundlichen Energieversorgung – weg von Kohle und Atom, hin zu Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz werden wir selbstverständlich auch in Zukunft mit aller Kraft fortsetzen.

An dieser Stelle möchte ich mich – auch im Namen meines Büroteams – für vielen konstruktiven Anregungen und den immer sehr fruchtbaren Austausch auf welchem Weg auch immer bei Ihnen und euch sehr herzlich bedanken! Ich freuen mich, mit Ihnen und euch zusammen auch im kommenden Jahr diese Zusammenarbeit fortzuführen. Ich möchte Sie und euch ermuntern, bei Fragen, Anregungen oder Kritik mit meinem Büro bzw. mit mir in Kontakt zu treten.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und euch besinnliche Feiertage und ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr 2011.



Oliver Krischer

Themen dieser Ausgabe

1. EU legt endgültiges Ende der Steinkohlesubventionen auf 2018 fest
2. Klimagipfel in Cancun – in letzter Minute fand Bewegung statt
3. Bundesregierung widerspricht Bundeswehr bei Peak-Oil
4. Antrag zu Kraft-Wärme-Kopplung in den Bundestag eingebracht
5. EEG Novelle 2011
6. RWE-Kraftwerkspläne in Niederaußem
7. Atomtransporte
8. Aktive Klimapolitik für die Zukunft des Energiestandorts NRW
9. Fördermöglichkeiten kommunaler Klimaschutzprojekte
10. Anhörung Konzessionsverträge
11. Preisträger des Klimadachs 2010
12. Erde aus dem Nationalpark Eifel im Reichstag

1) EU legt endgültiges Ende der Steinkohlesubventionen auf 2018 fest

Am 10. Dezember hat der EU-Ministerrat für Wettbewerbsfragen beschlossen, den subventionierten Steinkohlebergbau in Deutschland sozialverträglich aber auch endgültig bis 2018 zu beenden. Diese Entscheidung schafft Planungssicherheit für alle Beteiligten und setzt den weltfremden Träumereien einzelner Parteien – den Bergbau auf Dauer durch einen steuerfinanzierten Steinkohlesockelbergbau am Leben zu halten – endgültig ein Ende. Weitere Infos finden sich [HIER](#).

2) Klimagipfel in Cancun – in letzter Minute fand Bewegung statt

Kaum für möglich gehalten, kam es in den letzten Verhandlungsstunden beim UN-Weltklimagipfel im mexikanischen Cancún doch noch zu weitreichenden gemeinsamen Zielen für den Klimaschutz. Dies war nach dem Scheitern von Kopenhagen nicht unbedingt zu erwarten.

Das Ergebnis von Cancún bietet eine Basis für den weiteren gemeinsamen Prozess der UN-Staaten für ein Kyoto-Nachfolgeabkommen. Dennoch sind wesentliche Inhalte wie die verbindliche Festschreibung konkreter und anspruchsvoller Minderungsziele Fehlanzeige. Nicht zuletzt aufgrund des fortschreitenden Klimawandels und der damit verbundenen Verantwortung von uns allen muss spätestens im nächsten Jahr im südafrikanischen Durban eine Fortschreibung des Kyoto-Protokolls festgezurrert werden. Weitere Hintergrundinfos zur Weltklimakonferenz finden sich [HIER](#).

3) Bundesregierung widerspricht Bundeswehr bei Peak-Oil

Im Juli dieses Jahres sorgte eine Studie der Bundeswehr zum Zeitpunkt des globalen Ölfördermaximums (Peak Oil) für Aufsehen. Die Bundeswehr geht davon aus, dass der Zeitpunkt des maximalen Ölfördermaximums mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit bereits heute schon erreicht ist. Dies nahmen wir zum Anlass die Kleine Anfrage ['Vorbereitung Deutschlands auf Peak Oil und seine Folgen'](#) zu stellen. Die Antwort und weitere Infos finden sich [HIER](#).

4) Antrag zu Kraft-Wärme-Kopplung in den Bundestag eingebracht

Gemeinsam mit der SPD-Bundestagsfraktion haben wir den Antrag ['Am Ausbau der hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplung festhalten'](#) Anfang Dezember in den Bundestag eingebracht. Die Tatsache, dass weder im Koalitionsvertrag noch im Energiekonzept der Bundesregierung die KWK an relevanter Stelle auftaucht und einzelne Programme wie das Impulsprogramm

zur Förderung von Mini-KWK-Anlagen gestrichen werden, haben uns dazu veranlasst. Mit der schwarz-gelben Politik in diesem Bereich ist die im KWK-Gesetz verankerte Zielmarke einer Verdopplung des KWK-Anteils auf 25 Prozent an der Stromerzeugung in 2020 niemals zu erreichen. In den Bundestagsreden, welche sich im Plenarprotokoll ab Seite 186 **HIER** finden, gesteht nun auch erstmals die Union ein, dass sie nicht mehr an das 25 Prozent Ziel glaubt. Dies ist umso verwunderlicher, nachdem uns die Bundesregierung noch vor wenigen Tagen versicherte, dass am im IEKP 2007 formulierten 25 Prozent Ziel festgehalten werden soll.

5) EEG Novelle 2011

Im Jahr 2011 wird das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) novelliert – ein Jahr früher als ursprünglich geplant. Handlungsbedarf besteht bei der Photovoltaik und dem sogenannten Grünstromprivileg. Das im Jahr 2000 eingeführte EEG ist rückblickend ein Riesenerfolg. Der Anteil Erneuerbarer Energien am Stromverbrauch in Deutschland konnte innerhalb von nur zehn Jahren von knapp sechs Prozent im Jahr 2000 auf heute über 17 Prozent gesteigert werden. In den vergangenen Wochen und Monaten standen jedoch hauptsächlich die mit dem EEG verbundenen Kosten bzw. der Anstieg der EEG-Umlage auf 3,51 Cent/kWh für das Jahr 2011 im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Es gilt daher vor allem dafür Sorge zu tragen, dass Korrekturen mit Augenmaß vorgenommen werden können, ohne den weiteren konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien zu gefährden. Weitere Informationen zu diesem Thema finden sich **HIER**.

6) RWE-Kraftwerkspläne in Niederaußem

Glaukt man den Aussagen des RWE-Power-Chef Lambertz, plant RWE in den kommenden Jahren in Niederaußem bei Köln ein weiteres Braunkohlekraftwerk mit bis zu 2.000 MW Leistung. Dies ist nicht nur für den Klimaschutz und die Energiewende hin zu Erneuerbaren Energien ein Schlag in das Gesicht, sondern auch gegen die vielen Stadtwerke, die kommunale Partner von RWE sind. Denn in der Vergangenheit haben sich insgesamt 23 kommunale Stadtwerke am „GEKKO“ Projekt von RWE beim Bau des Steinkohlekraftwerk Hamm beteiligt. Nicht zuletzt wegen den Laufzeitverlängerungen der AKWs und den damit verbundenen Stromkonkurrenzen sowie technischen Schwierigkeiten beim Bau wurde das Projekt zum Millionengrab für die Stadtwerke. Ein zusätzliches Kohlekraftwerk würde die Wirtschaftlichkeit von Hamm noch weiter verschlechtern. Die Zeche bezahlen vor allem die Stadtwerke. Weitere Infos finden Sich **HIER**.

7) Atomtransporte

Nachdem das Jahr 2010 durch viele atompolitische Fehlentscheidungen geprägt war, hat Bundesumweltminister Röttgen vor wenigen Tagen eine richtige Entscheidung getroffen. Der geplante Atommüll-Transport in das russische Majak wurde abgesagt. Zusammen mit vielen Menschen im Land haben wir alle Hebel in Bewegung gesetzt, um den widersinnigen Export nach Majak zu verhindern. Auf unsere Initiative hin wurde der Atomtransport im Umweltausschuss des Bundestages behandelt, ein **Gutachten** herausgegeben und die Regierung musste öffentlich Rede und Antwort stehen.

Die Landesregierung von NRW hatte sich bereits von Anfang an klar gegen die Transporte ausgesprochen. Auch die Bundesländer Bremen und Hamburg – die unter Grüner Regierungsbeteiligung sind – machten deutlich, dass ihre Häfen für den Export nicht zur Verfügung stehen. Weitere Infos **HIER**.

Ab der zweiten Jahreshälfte 2011 droht der Transport mit den 152 derzeit in Jülich lagernden Castoren nach Ahaus. Das der Transport nun doch nicht wie zuerst angekündigt Anfang 2011 stattfindet ist zumindest ein Teilerfolg. Offensichtlich bekommt die Genehmigungsbehörde, das Bundesamt für Strahlenschutz, immer größere Zweifel an der Sinnhaftigkeit der Transporte. Auch die NRW-Landesregierung lehnt die Transporte ab wie im Koalitionsvertrag festgehalten. Da die Castoren auf der Straße von Jülich nach Ahaus transportiert werden sollen, sind nach Angaben des Forschungszentrums Jülich bis zu 152 (!) Transporte über viele Monate hinweg erforderlich. Allein die vom Land NRW zu tragenden Sicherungskosten für Polizeieinsätze u. a. würden die Kosten des Neubaus einer Zwischenlagerhalle in Jülich um ein Vielfaches übersteigen. Hinzu kommen die Risiken der Transporte und die generelle Fragwürdigkeit der Einlagerung in Ahaus. Die detaillierte Antwort der Bundesregierung auf meine Frage findet sich **HIER** ab Plenarprotokoll-Seite 88.

8) Fördermöglichkeiten kommunaler Klimaschutzprojekte

Am 01. Januar 2011 tritt die **Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen** in Kraft. Im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative stammen die Gelder aus den Einnahmen des Handels mit den Emissionszertifikaten. Das Förderprogramm richtet sich an Kommunen, Kirchen, Hochschulen, Bildungseinrichtungen und kulturelle Einrichtungen. Die Förderrichtlinie hat dabei drei Schwerpunkte. Zum einen wird sie die Entwicklung und Umsetzung von Klimaschutzkonzepten und deren Umsetzung durch Klimaschutzmanager sowie Klimaschutzaktivitäten in Schulen und Bildungseinrichtungen fördern, weiterhin die Einführung hocheffizienter Stromtechnologien fördern und zudem einen Masterplan 100 % Klimaschutz beinhalten.

9) Aktive Klimapolitik für die Zukunft des Energiestandorts NRW

Aus ganz NRW haben grüne Ökologie-ExpertInnen am ersten Dezember-Wochenende eine Klimaresolution verabschiedet. Darin fordern sie, dass Deutschland und die EU wieder eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz einnehmen sollen, notfalls im Alleingang mit eigenen ambitionierten Zielen. NRW ist dabei bereits auf dem richtigen Weg. Durch den rot-grünen Koalitionsvertrag wird die Landesregierung als erstes deutsches Bundesland ein umfassendes Klimaschutzgesetz verabschieden. Damit werden die Ziele des Klimaschutzes erstmals in der Bundesrepublik für alle Bereiche der Landespolitik festgeschrieben. Alles Weitere findet sich **HIER**.

10) Anhörung Konzessionsverträge

In seiner Sitzung vom 15. Dezember 2010 hat der Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung zu dem von uns eingebrachten **Gesetzentwurf für eine Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes** beschlossen. Am 24. Januar 2011 werden insgesamt elf Experten den Abgeordneten des Ausschusses zwei Stunden lang für Fragen zur Verfügung stehen. Ziel unseres Gesetzentwurfes ist es, für mehr Rechtssicherheit bei der Neuvergabe von Konzessionen für Strom- und Gasnetze zu sorgen.

Gegenwärtig kommt es dabei sehr häufig zu Rechtsstreitigkeiten zwischen dem Konzessionsinhaber und potentiellen Interessenten. Häufig sind es gerade kommunale Versorger, die durch die unklare Gesetzeslage an einer Rekommunalisierung ihrer Netze gehindert werden. SPD und LINKE haben sich

mit ähnlich lautenden Anträgen unserem Anliegen mittlerweile angeschlossen. Doch die Regierungsfractionen streiten die Existenz dieses Problems weitgehend ab. Weitere Informationen zu diesem Thema und meine Rede im Bundestag finden sich [HIER](#).

Aktuell haben Bundesnetzagentur und Bundeskartellamt ein Leitfadens herausgegeben, der einige unsere Forderungen aufgreift – ein erste Erfolg unserer Arbeit an dem Thema. Mehr dazu [HIER](#).

11) Preisträger des Klimadachs 2010

Mit großer Freude habe ich am 03. Dezember gemeinsam mit meinem Fraktionskollegen Hans-Josef Fell den von einer Jury vergebenen Preis ‚Klimadachs 2010‘ für das Engagement der vergangenen Monate für die KWK entgegen genommen. Die Jury begründete ihre Entscheidung mit meinem Einsatz rund um die Förderung von Mini-KWK-Anlagen und die KWK insgesamt sowie meinem Engagement als federführender Abgeordneter bei der Erarbeitung des Grünen Energiekonzeptes ‚[Energie 2050 – Sicher Erneuerbar](#)‘ innerhalb der Grünen Bundestagsfraktion. Mehr dazu [HIER](#).

12) Erde aus dem Nationalpark Eifel im Reichstag

Im Rahmen des Kunstprojekts im Berliner Reichstag sind alle Bundestagsabgeordneten eingeladen, Erde aus ihrer Heimat in eine Holzeinfassung mit der Inschrift „DER BEVÖLKERUNG“ im Innenhof des Reichstages zu verstreuen.

Als Vorsitzender des Fördervereins Nationalpark Eifel war für mich klar, dass ich aus NRWs erstem und bisher einzigen Nationalpark ‚meine‘ Erde nach Berlin bringe. Damit ist nun erstmals Erde aus einem deutschen Nationalpark in Deutschland im politischen Zentrum der Bundesrepublik angekommen. Ausdrücklich möchte ich der Verwaltung des Nationalparks Eifel für die Unterstützung dieser Aktion danken! Fotos und Eindrücke zu dieser Aktion finden sich [HIER](#).